| Stadt Oberhausen | Drucksache Nr.<br>M/15/2578-01 | Termin<br>05.02.2013<br>27.02.2013<br>11.03.2013<br>13.03.2013<br>18.03.2013<br>18.04.2013<br>24.04.2013 | Integrationsrat<br>Seniorenbeirat<br>Haupt- und Finanzausschuss<br>Jugendhilfeausschuss<br>Rat der Stadt<br>Beirat für Menschen mit Behinderung<br>Sozialausschuss |
|---|---|---|---|
| **Bericht / Mitteilung** | | | **öffentlich** |

| Termin | Gremium | Vorlage zur* | Ergebnis | Beschluss-kontrolle* |
|---|---|---|---|---|
| 05.02.2013 | Integrationsrat | K | | |
| 06.02.2013 | Sozialausschuss | K | | |
| 27.02.2013 | Seniorenbeirat | K | | |
| 11.03.2013 | Haupt- und Finanzausschuss | K | | |
| 13.03.2013 | Jugendhilfeausschuss | K | | |
| 18.03.2013 | Rat der Stadt | K | | |
| 18.04.2013 | Beirat für Menschen mit Behinderungen | K | | |
| 24.04.2013 | Sozialausschuss | K | | |

## Berichtsgegenstand

Erfahrungsbericht zur Einrichtung des Büros für Chancengleichheit im Sommer 2011

## Sachdarstellung

Im Juni 2011 hat der Rat der Stadt die Einrichtung des Büros für Chancengleichheit beschlossen. Dazu wurden die Organisationseinheiten und Handlungsfelder Bürgerschaftliches Engagement, Familienbüro, Gleichstellungsstelle, Koordinierungsstelle Integration, Inklusion und Leben im Alter in dem neuen Bereich im Dezernat des Oberbürgermeisters zusammengeführt. Der vorliegende Bericht beschreibt den Umsetzungsprozess, erste Erfahrungen, initiierte Maßnahmen und aktuelle Herausforderungen.

## Anlage

Erfahrungsbericht „Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit in Oberhausen“

| Bereichsleiter Bereich 0-4 | Dezernent | Kämmerer | Oberbürgermeister |
|---|---|---|---|
| Andreas Stahl<br>Datum 22.01.2013 | Datum | Datum | Wehling<br>Datum 22.01.2013 |

| * Vorlage zur: | * Ergebnis : | Beteiligung: | |
|---|---|---|---|
| Kenntnisnahme (K) | Kenntnisnahme (K) | Personalrat | [ ] |
| | | Gleichstellungsstelle | [ ] |

**„Jeder Mensch muss gut behandelt werden. Jeder Mensch ist ein besonderer Mensch. Jeder Mensch hat das Recht so zu sein, wie er ist.“**

(vgl. UN Behindertenrechtskonvention in leichter Sprache)

Erfahrungsbericht „Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit in Oberhausen“

**Inhaltsverzeichnis**


Einführung ..... 2

**1. Umsetzungsprozess ..... 1**

1.1 Räumliche, finanzielle und personelle Umsetzung ..... 1
1.2 Interne Entwicklungsprozesse / Arbeitsweisen ..... 2

**2. Arbeitsgruppe Chancengleichheit ..... 2**

**3. Beirat für Menschen mit Behinderungen / Seniorenbeirat ..... 4**

**4. Kooperationen / Kooperationsprojekte ..... 4**

4.1 Integrationsförderung ..... 5
4.2 Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“ ..... 6
4.3 Aktionsplan Pflegeberufe für Oberhausen ..... 6
4.4 Gesellschaft leben ..... 7
4.5 SiM – Senioren im Mittelpunkt ..... 8
4.6 Vernetzung im Ehrenamt ..... 8
4.7 achtung – Kinder von Anfang an begleiten ..... 11
4.8 Landesfamilienkongress 2012 ..... 11
4.9 Familienbericht 2012 ..... 12
4.10 Synergien in der Gleichstellungsarbeit durch Kooperationen innerhalb des Büros für Chancengleichheit ..... 12

**5. Beteiligungskultur ..... 13**

**6. Ausblick ..... 13**

6.1 Optimierung der Integrationsförderung durch Steuerung, Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit ..... 14
6.2 Umsetzung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen“ in Oberhausen ..... 14
6.3 Kommunale Teilhabeplanung - Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Inklusionsplans ..... 15
6.4 Berichterstattung ..... 15

Einführung

Zum 1. Juli 2011 wurde durch Ratsbeschluss (Drucksache Nr. B/15/1344-01) das Büro für Chancengleichheit im Dezernat des Oberbürgermeisters eingerichtet. Die Organisationseinheiten Bürgerschaftliches Engagement, Familienbüro, Gleichstellungsstelle, Koordinierungsstelle Integration und Leben im Alter wurden zusammen mit dem Handlungsfeld Inklusion in dem neuen Bereich zusammengeführt.

Die Bündelung verschiedener Aufgaben zum neuen Arbeitsbereich „Chancengleichheit“ war sozialpolitisch und arbeitsökonomisch motiviert:

- Die Folgen gesellschaftlichen und demografischen Wandels werden in den Kommunen sichtbar und müssen dort thematisch und organisatorisch aufgegriffen werden.
- Die strukturellen Benachteiligungen unterschiedlicher Zielgruppen sollen an zentraler Stelle gebündelt aktiv abgebaut werden. Den mehrdimensionalen Benachteiligungen bestimmter Personengruppen soll nachhaltig begegnet werden.
- Durch die Bündelung verschiedener Handlungsfelder und Organisationseinheiten werden effektivere Strukturen geschaffen. So kann die Chancengleichheit in Oberhausen und damit die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger noch besser gefördert werden.

Neben grundlegenden konzeptionellen Überlegungen hat die Stadt Oberhausen trotz prekärer Haushaltssituation schon in der Vergangenheit Stellen geschaffen (z.B. Familienbüro, Ehrenamtsbüro etc.), die in ihren jeweiligen Bereichen und Handlungsfeldern zur Chancengleichheit beigetragen haben.

Zur nachhaltigen Entwicklung und Sicherung von Chancengleichheit und zur weiteren Steigerung der Effektivität und Effizienz in diesem Sektor wurden gezielt einige Organisationseinheiten, die bereits vorher erfolgreich zur Chancenverbesserung ihrer Zielgruppe beigetragen haben, zum Büro für Chancengleichheit gebündelt.

Der neue Bereich hat ausdrücklich keine Alleinzuständigkeit und trägt nicht die alleinige Verantwortung hinsichtlich der Verbesserung der Chancengleichheit in Oberhausen.

## 1. Umsetzungsprozess

### 1.1 Räumliche, finanzielle und personelle Umsetzung

Räumliche Umsetzung

Die räumliche Zusammenführung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des neuen Bereichs erfolgte zwischen November 2011 und Februar 2012. Standort des Bereichs ist die Kulturvilla auf der Schwartzstraße 71, gegenüber dem Rathaus.
Am 4. Mai 2012 hat das Büro für Chancengleichheit zu einem Tag der offenen Tür eingeladen und seine Arbeit der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Etwa 80 Personen haben die Chance genutzt und die neuen Räume besichtigt und das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesucht.

Finanzielle Umsetzung
Für die finanzielle Ausstattung des Bereichs 0-4 / Büro für Chancengleichheit wurden die bereits vorhandenen Budgets der einzelnen Organisationseinheiten zum 01.01.2012 zusammengeführt.

Personelle Umsetzung
Die Stellen der Bereichsleitung und der stellvertretenden Bereichsleitung wurden aus dem vorhandenen Personalbestand des zusammengeführten Bereichs ausgewählt. Eine Personalaufstockung erfolgte für die Besetzung der Bereichsleitung nicht.
Die Stellen für die Handlungsfelder Ehrenamt und Inklusion wurden intern ausgeschrieben.
Die Stelle Ehrenamt konnte Mitte Dezember 2011 besetzt werden. Die Besetzung der Stelle Inklusion erfolgte zum 1. April 2012.

## 1.2 Interne Entwicklungsprozesse / Arbeitsweisen

Zur Unterstützung der Teamfindung haben sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einen Teamentwicklungsprozess eingelassen. In zwei ganztägigen Workshops im Jahr 2012 wurden erste Entwicklungsprozesse angestoßen und Absprachen getroffen. Ein dritter Workshop ist für den Sommer 2013 geplant.

Innerhalb des Bereichs hat sich eine feste Besprechungskultur etabliert. Neben regelmäßigen Gesamtteam-, Verwaltungs- und Fachteamsitzungen gibt es alle zwei Wochen Abstimmungsgespräche mit den einzelnen Handlungsfeldern und der Bereichsleitung. Innerhalb des Bereichs gibt es insgesamt eine Kommunikationskultur, die gut strukturiert ist und effektive Ergebnisse und neue Ideen hervorbringt.
Es zeigt sich, dass durch die räumliche Nähe und die guten Austauschmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Ideen entstehen, Informationen besser fließen, Abstimmungen auf kurzen Wegen erfolgen und Kooperationen innerhalb des Bereichs entstehen. Insgesamt kann mehr Kreativität und Fachlichkeit in der Arbeit freigesetzt werden. Durch die aufgebrochenen Alleinzuständigkeiten sind Vertretungen in Gremien, Netzwerken und der Arbeit in Urlaubszeiten einfacher und effektiver möglich und umsetzbar. Dabei ist zu beachten, dass die verantwortliche Zuordnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem spezifischen Handlungsfeld generell sinnvoll ist und weiter erfolgt.

## 2. Arbeitsgruppe Chancengleichheit

Gleichzeitig mit der Einrichtung des Büros für Chancengleichheit wurde die Zusammenführung der beiden verwaltungsinternen Arbeitsgremien Projektgruppe Integration/Migration und Koordinierungsgruppe Bündnis für Familie zur Arbeitsgruppe Chancengleichheit beschlossen. Die AG Chancengleichheit hat sich in 2011 konstituiert und tagt unter Vorsitz des Oberbürgermeisters einmal pro Quartal. Themen in der AG Chancengleichheit waren bislang u.a. Inklusion in Oberhausen, Ehrenamt in Oberhausen und das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“. Aktuell befasst sich die AG Chancengleichheit mit der Umsetzung einer Leitvision zur Chancengleichheit in Oberhausen, die auf vorhandene, beschlossene Leitbilder innerhalb der Stadt und der Entwicklung eines Zielsystems zur Bearbeitung und Umsetzung der Leitvision zurückgreift.

Auf Grundlage der bereits bestehenden und beschlossenen Leitbilder

- Leitthesen Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2020
- Leitbild Integration in Oberhausen
- Leitbild Lokale Agenda
- Leitbild für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Oberhausen

hat die AG Chancengleichheit mit Zustimmung des Oberbürgermeisters folgende weiterführende Leitvision zur Chancengleichheit in Oberhausen formuliert:

**Leitthese:**

Oberhausen,
eine soziale, familienfreundliche und solidarische Stadt

**Konkretisierung der Leitthese:**

Die Stadt Oberhausen ist ein für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver Wohn-, Lebens- und Arbeitsort.
Das gesellschaftliche Klima, die Lebensbedingungen und Strukturen sind so gestaltet, dass alle Menschen unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung teilhaben können.
Die gleichberechtigte Teilnahme an der Erwerbs- und Familienarbeit wird unterstützt, die Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind geschaffen.
Die Vielfalt der Lebensweisen wird als Bereicherung begriffen und ermöglicht.
Durch sozialen Ausgleich wird Benachteiligungen entgegengewirkt und Chancengleichheit gefördert.
Die Stabilisierung der sozialen Netzwerke, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sind selbstverständlich und ein grundlegendes Handlungsprinzip.
Die Stadtverwaltung Oberhausen nimmt als Arbeitgeber und Dienstleistungsorganisation eine Vorbildfunktion ein.

**Leitziele**

- Die Ressourcen zur Bewahrung und Förderung der Gesundheit sind für alle in Oberhausen lebenden und arbeitenden Menschen in gleicher Weise zugänglich.
- Die gleichberechtigte Teilhabe an Freizeit, Kultur und Sport ist für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet.
- Jeder Mensch erhält uneingeschränkt Bildung, Wissen und Information, die es ihm ermöglichen, entsprechend seinen Wünschen und Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
- Auf einem vielfältigen und diskriminierungsfreien Arbeitsmarkt stehen ausreichend und gerecht bezahlte Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung.
- Allen Einwohnerinnen und Einwohnern steht ein bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. Eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung ist vorhanden und für alle zugänglich.
- Jeglicher Form von Gewalt, Kriminalität und Verfolgung aufgrund ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung wird aktiv entgegengewirkt.
- Das Wohlergehen aller Heranwachsenden und anderer Schutzbedürftiger ist gesichert.

Die in der AG Chancengleichheit vertretenen Bereiche sind auf Grundlage der Leitvision beauftragt strategische Ziele und Handlungsziele für ihre Bereiche zu formulieren. Diese sollen in der Arbeitsgruppe präsentiert, diskutiert und untereinander abgestimmt werden.

## 3. Beirat für Menschen mit Behinderungen / Seniorenbeirat

Die zunächst geplante Zusammenlegung der beiden Beiräte Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen wurde in Abstimmung mit allen Beteiligten aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzungen der beiden Gremien und der Themenvielfalt und ihrer Unterschiedlichkeit nicht umgesetzt.

Die Geschäftsführung für den Beirat für Menschen mit Behinderungen wurde im Jahr 2012 vom Bereich 3-2 / Jugendamt und soziale Angelegenheiten auf den Bereich 0-4 / Büro für Chancengleichheit kommissarisch übertragen. Für die dauerhafte Übertragung ist für 2013 eine entsprechende Satzungsänderung geplant und in Bearbeitung.
Über die Umsetzung der kommunalen Teilhabeplanung (Ratsbeschluss vom 23.05.2011 Drucksache Nr. A/15/1212-01) wird durch das Büro für Chancengleichheit regelmäßig im Beirat für Menschen mit Behinderungen berichtet. Der Beirat ist wie vom Rat beschlossen bei der Teilhabeplanung intensiv mit einzubinden.

## 4. Kooperationen / Kooperationsprojekte

Durch das Büro für Chancengleichheit sind Kooperationen entstanden und Maßnahmen initiiert worden, die sich in der Umsetzung befinden. Einige aktuelle Kooperationsmaßnahmen werden hier beispielhaft kurz dargestellt.

## 4.1 Integrationsförderung

Ein wichtiges Handlungsfeld im Büro für Chancengleichheit ist die Integrationsförderung, die in vielfältigen Kooperationen bearbeitet wird. Beispielhaft werden hier einige Maßnahmen skizziert:

### Einbürgerungszeremonien

Zusammen mit dem Fachbereich 2-4-30 / Ausländer- und Staatsangehörigkeits-angelegenheiten hat das Büro für Chancengleichheit in enger Abstimmung mit Herrn Oberbürgermeister Wehling Einbürgerungszeremonien in Oberhausen eingeführt.
Die Einbürgerungszeremonien sind ein wesentlicher Baustein für die Stärkung der Willkommenskultur in der toleranten und weltoffenen Stadt Oberhausen. Die ersten Einbürgerungszeremonien fanden mit großer Resonanz und durchweg positiven Rückmeldungen im Juni, Oktober und November 2012 statt. Für 2013 sind aufgrund der gewonnenen Erfahrungen und des Zuspruchs sechs Zeremonien geplant. Die Einbürgerungszeremonien finden in einem feierlichen Rahmen nachmittags im Ratssaal statt.

### Integrationsmonitoring

Gemeinsam mit der Geschäftstelle des Integrationsrates führt das Büro für Chancengleichheit eine Workshopreihe zur endgültigen Festlegung des Indikatorensets zum geplanten Oberhausener Integrationsmonitoring durch. Ziel ist eine Verabschiedung des Indikatorensets in den politischen Gremien im Jahr 2013, so dass anschließend eine kontinuierliche, datengestützte Integrationsberichterstattung in Kooperation mit dem Bereich Statistik und Wahlen erfolgen kann.

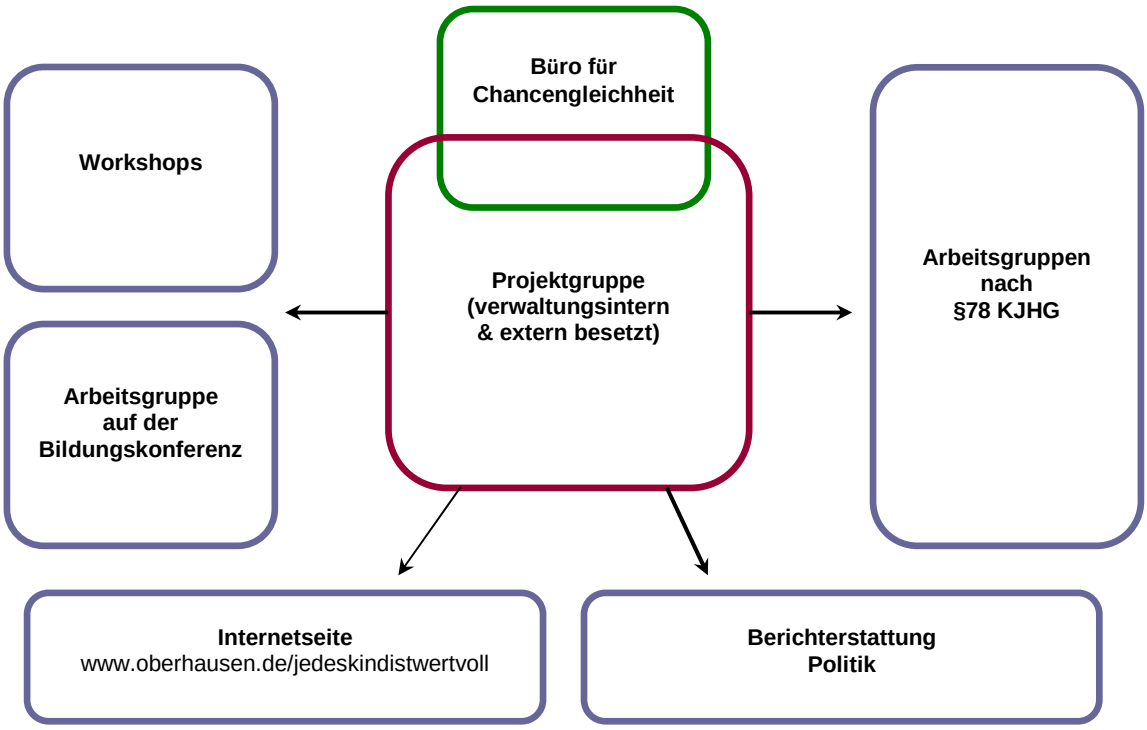
### Entwicklung interkultureller Standards in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Erarbeitung interkultureller Standards ist Teil des Prozesses der interkulturellen Öffnung in Oberhausen. Angeknüpft wird dabei an langjährige und vielfältige Aktivitäten im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Oberhausen. Für die Erziehungshilfe, die präventive Projektarbeit des Jugendamtes sowie die Familienbildung wurden bereits „interkulturelle Standards“ entlang der Dimensionen „Organisation“, „Personal“, „Angebote“ und „Kooperation“ entwickelt, die der Jugendhilfeausschuss der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 05.10.2011(Drucksache Nr. B/15/1334-01) verabschiedet hat. Bestandteil des Beschlusses war zusätzlich folgender Handlungsauftrag: „Zudem wird die Verwaltung des Jugendamtes damit beauftragt, die entwickelten “interkulturellen Standards“ in Kooperation mit dem Büro für Chancengleichheit und im Rahmen eines partnerschaftlichen Dialogs mit den freien Trägern der Jugendhilfe auf weitere Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe zu übertragen. Hierbei ist den Besonderheiten und speziellen Herausforderungen des jeweiligen Handlungsfeldes Rechung zu tragen“.
Unter Beteiligung aller relevanten Akteurinnen und Akteure wurden im Jahr 2012 interkulturelle Standards im System der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in Oberhausen entwickelt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt (Drucksache Nr. B/15/2401-01).

## 4.2 Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“

Federführend für die Stadt Oberhausen hat das Büro für Chancengleichheit die Koordination des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen“ übernommen; das von der Landesregierung NRW und der Bertelsmannstiftung initiiert wurde. Neben weiteren Fachverwaltungen sind freie Träger und externe Einrichtungen und Institutionen mit eingebunden. Ziel des Modellvorhabens, das bis 2015 läuft, ist die Entwicklung eines effektiven Netzwerkmanagements im Bereich der Prävention und die Entwicklung lückenloser Präventionsketten, die „das Kind“ in den Mittelpunkt stellen. Insgesamt haben sich 52 Kommunen aus NRW für das Vorhaben „Kein Kind zurücklassen“ beworben. In einem mehrstufigen Verfahren wurde Oberhausen schließlich als eine von 18 Modellkommunen ausgewählt. Die Teilnahme am Modellvorhaben wurde am 7. Mai 2012 (Drucksache Nr. B/15/2004-01) einstimmig vom Rat der Stadt beschlossen.
Das Modellvorhaben in Oberhausen steht unter dem Motto „Jedes Kind ist wertvoll“. Bei der Umsetzung werden alle relevanten Akteurinnen und Akteure mit einbezogen.

Schaubild 1: Beteiligungsstruktur bei der Umsetzung des Modellvorhabens:




## 4.3 Aktionsplan Pflegeberufe für Oberhausen

Aktuell herrscht in Pflegeeinrichtungen ein massiver Mangel an Pflegefachkräften. Pflegeeinrichtungen wie Altenheime, ambulante Pflegedienste und Krankenhäuser sind davon betroffen. Der demografische Wandel wird diese Situation in Zukunft noch weiter verstärken.
Über 30 Organisationen aus stationären und ambulanten Pflegediensten sowie Bildungseinrichtungen, Krankenkassen, Vereine, das Jobcenter Oberhausen und die

Agentur für Arbeit haben sich in Oberhausen zusammengeschlossen und unter Federführung des Büros für Chancengleichheit im März 2012 eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um dem Fachkräftemangel gemeinsam zu begegnen. Für die Stadt Oberhausen hat die Vereinbarung zum Aktionsplan Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling unterschrieben.

Mit dem „Aktionsplan - Pflegeberufe für Oberhausen“ soll dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen durch unterschiedliche Maßnahmen entgegengewirkt werden:

- Die Quote der Jugendlichen, die eine Ausbildung in einem Pflegeberuf beginnen, soll erhöht werden.
- Menschen mit Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende sollen als bisher nicht ausreichend genutzte Potentiale verstärkt für die Ausbildung in Pflegeberufen akquiriert werden.
- Motivationserhöhende Anreize für die aktiv Beschäftigten sollen entwickelt werden.
- Die Wertschätzung für die geleistete Arbeit der Pflegekräfte soll erhöht und die Verbesserung des Images des Pflegeberufs erreicht werden.
- Die Gesellschaft soll für die Bedeutung der Pflegeberufe sensibilisiert und eine höhere Wertschätzung der Arbeit der Pflegekräfte erreicht werden.

In mehreren Arbeitsgruppen sind verschiedene Aktivitäten geplant und bereits umgesetzt worden (z.B. eine Broschüre, die über Tage der offenen Tür in Pflegeeinrichtungen informiert, eine Jobbörse am 28. August 2012, eine Ausbildungsmesse am 4. Oktober 2012 im Bero-Zentrum, Infoveranstaltungen an Schulen und Beiträge in lokalen Medien).

### 4.4 Gesellschaft leben

Anfang 2012 startete mit Unterstützung des Oberbürgermeisters Klaus Wehling das Projekt „Gesellschaft leben“. „Gesellschaft leben“ will in Oberhausen ein aktives Zeichen gegen Einsamkeit von älteren, mobil eingeschränkten Menschen setzen. Im Projekt geht es darum, dass sich Ehrenamtliche für ältere alleinstehende Personen engagieren, ihnen Zeit schenken, ein Ohr leihen und Zeit so mit ihnen verbringen, wie sie es sonst womöglich nicht mehr könnten. Das geschieht mit einfachen Mitteln: Miteinander sprechen, Vorlesen, Spazieren gehen, Gesellschaftsspiele spielen, ganz nach den individuellen Wünschen, Bedürfnissen und Möglichkeiten ausgerichtet. Wichtig herauszustellen ist, dass „Gesellschaft leben“ nicht die Dinge erfüllen soll, die bereits von professionellen Dienstleistern, Wohlfahrtsverbänden oder Kirchengemeinden angeboten werden. „Gesellschaft Leben“ stellt keine Konkurrenz dar, sondern ist ein zusätzliches Angebot für Menschen, denen eine soziale Isolation droht oder bei denen diese bereits eingetreten ist. Das Projekt „Gesellschaft leben“ wird von zwei Mitarbeiterinnen des Büros für Chancengleichheit aus den Handlungsfeldern Ehrenamt und Leben im Alter begleitet. Kooperiert wird mit dem Haus Abendfrieden, den lokalen Akteuren aus dem Knappenviertel und dem Caritasverband Oberhausen. In 2013 ist der Ausbau des Projektes im Sozialraum Osterfeld geplant.

## 4.5 SiM – Senioren im Mittelpunkt

Der Unterstützung und Versorgung älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte kommt im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel eine zunehmend wichtigere Rolle zu. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund wird in den kommenden Jahren stetig wachsen. Um ihrem Bedarf gerecht zu werden, muss der starke Informations- und Aufklärungsbedarf im Bereich von gesundheitlicher Vorsorge, Rehabilitation und Beratung stärker berücksichtigt werden. Es ist festzustellen, dass innerhalb der Zielgruppe sowohl der Wunsch nach gesundheitlicher Beratung in der Muttersprache als auch der Begleitung durch muttersprachlichem Fachpersonal besteht. So wird die Möglichkeit gesehen, über das deutsche Gesundheitssystem angemessener informiert zu sein und ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, um es gezielt nutzen zu können.

Das Projekt SiM - Senioren im Mittelpunkt hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen mit Zuwanderungshintergrund niederschwellig, kultursensibel und quartiersbezogen über die Angebote der Gesundheitsvorsorge, des Alters und der Pflege zu informieren und zu beraten. Die Arbeit ist stadtteilbezogen, netzwerkorientiert und dezentral angelegt.
Zur Gründung eines häuslichen Betreuungsdienstes für demenziell veränderte türkische Migrantinnen und Migranten nahmen türkische Beraterinnen des Projektes SiM in 2012 an einem Kurs teil, der Ihnen einen Zugang zur Welt der Menschen mit Demenz ermöglicht. Die Schulung und die Einrichtung des Betreuungsdienstes entstand durch eine Kooperation des Büros für Chancengleichheit mit pro wohnen international e.V., dem Demenzservice-Zentrum westliches Ruhrgebiet und dem Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e.V..
Die SiM-Beraterinnen und -Berater werden befähigt, die erkrankten Menschen und deren Familien zu beraten und zu entlasten. Hiermit wird eine wichtige Lücke im Unterstützungssystem für diese Personengruppe geschlossen. Das Angebot von Betreuung für Menschen mit einer Demenz durch einen türkischsprachigen Unterstützungsdienst ist in NRW neu und nachahmenswert.

## 4.6 Vernetzung im Ehrenamt

Mit der personellen Neubesetzung des Handlungsfeldes Ehrenamt wurde die Festlegung neuer strategische Ziele verbunden, die im Folgenden kurz skizziert werden. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt dabei in der Optimierung von verwaltungsinternen Aktivitäten und Kooperationen.

**<u>Zukunftsfaktor Bürgerengagement</u>**

Die Stadt Oberhausen ist als eine von zehn Kommunen in einem zweistufigen Auswahlverfahren als Modellkommune innerhalb des Förderprogramms „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewählt geworden. Ziele des Programms sind Konzepte und Strategien zur Förderung von bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und sich auf Landesebene als engagementfreundliche Kommune zu profilieren. Über das Jahr 2012 nahmen zwei Mitarbeiterinnen des Büros für Chancengleichheit an sechs zweitägigen Entwicklungswerkstätten teil und hatten dort die Möglichkeit individuelle Konzepte und Strategien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und zu

erproben, sich mit anderen Gemeinden, Städten und Kreisen intensiv fachlich auszutauschen sowie sich im Rahmen dieser speziellen Fortbildung für die anspruchsvolle Querschnittsaufgabe (weiter) zu qualifizieren.

**Verwaltungsinterne Aktivitäten im Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement“**

- Im Frühjahr 2012 erfolgte eine Abfrage zu beruflichen Berührungspunkten mit bürgerschaftlichem Engagement bei Beschäftigten der Stadtverwaltung. Hauptziel war, vorhandene Aktivitäten in diesem Bereich und konkrete Ansprechpartnerinnen und -partner ausfindig zu machen, um diese Informationen zu bündeln und die Partnerinnen und Partner untereinander zu vernetzen. Es wurde ein Newsletter eingerichtet, der die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Informationen zum Thema Ehrenamt unterrichtet (Versicherungsrecht, Veranstaltungs- und Fortbildungshinweise etc.).
- Zur Anerkennung geleisteten Engagements von städtischen Ehrenamtlichen hat das Büro für Chancengleichheit für die Stadt Oberhausen die Ausstellungsberechtigung des Engagementnachweises NRW beantragt und erhalten. Dies ist ein landeseinheitliches Zertifikat, das in Oberhausen der Oberbürgermeister unterzeichnet und eine wichtige Form der Anerkennung des Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt.
- Des Weiteren wurde ein Intranetbereich zum Themenfeld bürgerschaftliches Engagement eingerichtet, auf dem sich die städtischen Beschäftigten zu folgenden Themen informieren können: Engagementnachweis NRW, Ergebnisse der verwaltungsinternen Abfrage, Meldung von Stellenangeboten ehrenamtlicher Tätigkeiten, allgemeine Informationen und Formulare.
- Unter Federführung des Büros für Chancengleichheit konnte über den Fachbereich Aus- und Fortbildung eine interne Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, angeboten werden. Die Anregung dazu kam aus der schulbibliothekarischen Arbeitsstelle.

**Netzwerk beo. - Bürgerschaftliches Engagement in Oberhausen**

Im Netzwerk beo. (Bürgerschaftliches Engagement in Oberhausen) haben sich im Dezember 2008 auf Initiative der Stadt Oberhausen Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Feldern der Freiwilligenarbeit zusammengeschlossen. Ziele der Netzwerkarbeit sind die Förderung der Anerkennungskultur des freiwilligen Engagements, des kollegialen Austauschs, der Förderung der Freiwilligenarbeit und der Unterstützung bei der Gewinnung von Freiwilligen in Oberhausen. Die Geschäftsführung für das Netzwerk übernimmt das Büro für Chancengleichheit.

Im Jahr 2012 konnten durch die Bemühungen der beo-Geschäftsführung das Deutsche Rote Kreuz und das Friedensdorf International für das Netzwerk gewonnen werden.
Um die Vielfalt des Ehrenamts in Oberhausen zu zeigen, das Engagement zu würdigen und das Interesse daran zu wecken, hat das Netzwerk beo. unter Federführung des Büros für Chancengleichheit im Jahr 2012 ein Fotowettbewerb ausgeschrieben. Unter den zahlreichen Bewerbungen wählte eine fachkundige Jury drei Sieger aus, die bei der Verleihung in der Stadtsparkasse einen Geldpreis entgegennehmen durften. Außerdem wurden 35 Bilder ausgewählt, die weiterhin in einer Wanderausstellung präsentiert werden.

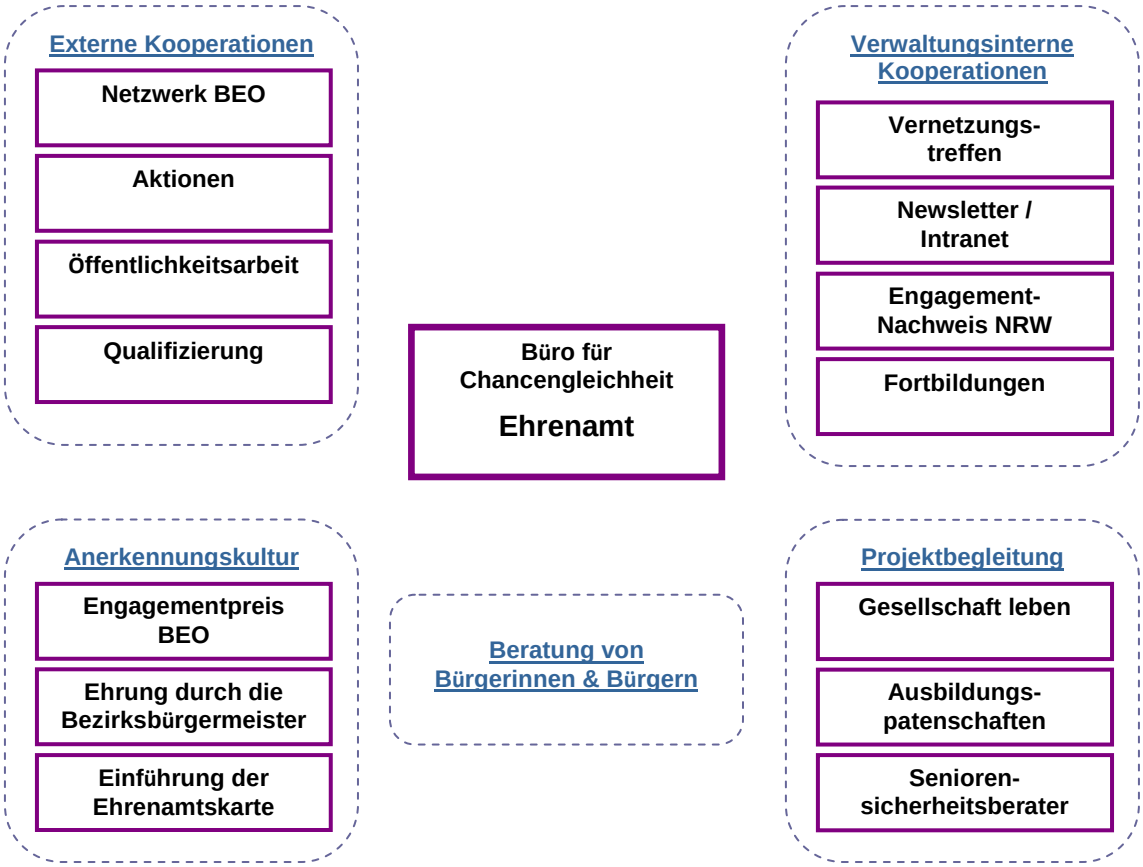
Zur Verbesserung der öffentlichkeitswirksamen Darstellung wurde durch die Geschäftsführung eine Internetseite des Netzwerkes auf der Seite der Stadt Oberhausen erstellt (www.oberhausen.de/beo).

In 2013 ist geplant, einen gemeinsamen Aktionstag „Marktplatz Ehrenamt“ durchzuführen, bei dem Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in Oberhausen vorgestellt werden. Außerdem sollen einzelne Qualifizierungsangebote der Netzwerkmitglieder allen Ehrenamtlichen in Oberhausen zugänglich gemacht und gemeinsam beworben werden. Zusätzlich sind künftig auch gemeinsam konzeptionierte Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche angedacht.

## Darstellung Beteiligungskultur / -struktur im Handlungsfeld Ehrenamt

Die folgende Grafik zeigt die unterschiedlichen Beteiligungsstrukturen und Aufgaben im Handlungsfeld Ehrenamt auf und verdeutlicht so exemplarisch die vernetzte und querschnittsorientierte Arbeitsweise des Büros für Chancengleichheit.

Schaubild 2: Beteiligungskultur / -struktur im Handlungsfeld Ehrenamt



## 4.7 achtung – Kinder von Anfang an begleiten

Nach einem zweijährigen Entwicklungsprozess unter der Federführung des Büros für Chancengleichheit (vorher Familienbüro) ist das Programm „achtung – Kinder von Anfang an begleiten“ im Januar 2012 mit einer Modellphase gestartet. Mit dem Programm achtung soll der Beziehungsaufbau zwischen Eltern und Kindern, in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes gefördert werden, um so eine gute und sichere Eltern-Kind-Bindung zu erreichen. Das Programm wurde in einem interdisziplinären Team entwickelt und ist ein Schwerpunkt im Handlungsfeld früher Hilfen in Oberhausen.
Im Juni 2012 initiierte das Büro für Chancengleichheit eine Fachtagung, bei der das Programm der Oberhausener Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde. An der Fachtagung haben etwa 35 interessierte Einrichtungen teilgenommen. Im Anschluss wurden mit zahlreichen Institutionen Informationsgespräche geführt, durch die etwa 20 Kooperationseinrichtungen gewonnen werden konnten, die das Programm künftig anbieten. Außerdem wurden wichtige Kontakte mit Multiplikatoren für die Weitervermittlung von Familien gewonnen. Im zweiten Halbjahr 2012 haben drei jeweils eintägige Einführungsworkshops stattgefunden, die die neuen Partnerinnen und Partner in der Durchführung von achtung schulen.
In der Entwicklung und bei der Umsetzung kooperiert das Büro für Chancengleichheit mit KiM – Kinder im Mittelpunkt, dem Kinderpädagogischen Dienst, der Psychologischen Beratungsstelle, Familienhebammen und freien Trägern und Einrichtungen.
Das Programm achtung soll in einem längerfristigen Prozess über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren in Kooperation mit der Hochschule für Gesundheit in Bochum wissenschaftlich evaluiert werden. Erste konzeptionelle Überlegungen und Absprachen sind bereits erfolgt und werden in 2013 vertieft.

## 4.8 Landesfamilienkongress 2012

Am 24. Oktober 2012 fand unter Federführung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport der Landesfamilienkongress in der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen statt. Etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen am Kongress unter dem Titel „Familie groß geschrieben – Herausforderungen für Kommunen“ teil. Das Büro für Chancengleichheit war in der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses von Anfang an enger Kooperationspartner und organisierte u.a. parallel zum Kongress einen eigenen Informations- und Aktionsmarkt, zu dem Oberhausener Familien eingeladen waren.

Oberbürgermeister Klaus Wehling begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachkongresses und stellte die familienpolitischen Herausforderungen und Maßnahmen in Oberhausen vor.
Klaus Bösche, Ministerialdirigent im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, führte mit seinem Vortrag in die Themen des Tages ein.
Dr. Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut e.V. referierte anschließend über den Wandel der Familie und die mit diesem Wandel verbundenen neuen Bedarfe, Anforderungen und Überforderungen von Familien.

„Zeit für Familien“, „Soziale Unterstützung für Familien“, „Familiengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes“ und „Wissen für Eltern“ – das waren die Themen, die in den vier Fachforen vertiefend diskutiert wurden.

An den vielen Ständen des Info-Markts hatten die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, sich über Projekte und Initiativen rund um das Thema "Familie" zu informieren.

### 4.9 Familienbericht 2012

Im ersten Halbjahr 2012 wurde der zweite Oberhausener Familienbericht vorgestellt, der federführend von dem Bereich Statistik und Wahlen und dem Büro für Chancengleichheit erstellt wurde (Drucksache Nr. M/15/1975-01). Er ist auf Basis des ersten Familienberichtes aus dem Jahr 2006 erstellt worden und nimmt die Lebenssituation von Familien mit Kindern in Oberhausen umfassend in den Blick. Subjektive Meinungen, Wünsche und Einschätzungen der Familien vor Ort werden dabei ebenfalls beachtet.

Der Bericht konzentriert sich dabei auf die Themenfelder „Wirtschaftliche Lage der Familien“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Inanspruchnahme privater und institutioneller Unterstützungsangebote“, „Wohnsituation der Familien“ und auf Aspekte der Lebenslage von Kindern in den Familien.

### 4.10 Synergien in der Gleichstellungsarbeit durch Kooperationen innerhalb des Büros für Chancengleichheit

Durch die Zusammenlegung der einzelnen Organisationseinheiten zum Büro für Chancengleichheit konnten auch in der Gleichstellungsarbeit neue Impulse gesetzt werden, die im Folgenden beispielhaft vorgestellt werden:

**MEO für Alleinerziehende**

In Kooperation mit den Städten Mülheim und Essen seitens der Gleichstellungsstellen befindet sich das Projekt zum „Aufbau eines regionalen Bündnisses zur Optimierung der Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende“ im Rahmen des Bundesförderprogramms „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“ seit 2011 unter der Geschäftsführung der Regionalagentur MEO in der Umsetzung. Der Förderzeitraum endet im April 2013.
Bedarfe und Angebote für Alleinerziehende werden in den drei Städten Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen in den Fokus genommen, bewertet und miteinander verknüpft. Das „Projekt MEO für Alleinerziehende“ unterstützt die Akteurinnen und Akteure vor Ort darin, Schwerpunktthemen gemeinsam auszutauschen und miteinander zu arbeiten. Von Beginn an war durch die Oberhausener Projektmitarbeiterin die enge Verknüpfung der Gleichstellungsstelle mit dem Themenschwerpunkt Familie gewahrt. Über die Projektlaufzeit April 2013 hinaus ist nunmehr sichergestellt, dass der eingesetzte Runde Tisch zum Thema Alleinerziehende mit engagierter externer Beteiligung weiter bestehen wird.

**Betriebliche Kinderbetreuung**

Akteurinnen der Gleichstellungs- und der Familienarbeit haben gemeinsam einen Arbeitskreis zur Thematisierung der betrieblichen Kinderbetreuung mit Expertinnen des Kinderpädagogischen Dienstes, Regionalagentur MEO, Agentur für Arbeit und Jobcenter gegründet und begleitet. Ziel der Zusammenarbeit ist es, mehr Unternehmen über die Möglichkeiten und Modalitäten betrieblicher Kinderbetreuung aufzuklären. In 2012 wurde

dazu eine Informationsveranstaltung durchgeführt, zu der unterschiedlichste Unternehmen, z. B. aus dem Verteiler familienfreundlicher Arbeitgeber, eingeladen wurden. Am Beispiel der Betreuungsplätze, die im Weiterbildungsinstitut WBI eingerichtet sind, wurden die Möglichkeiten dargestellt. Darüber hinaus fanden Einzelpräsentationen ausgerichtet an den jeweiligen Belangen in zwei Managementunternehmen von Einkaufscentern statt.

**Mädchenmerker / Aktionsplan Pflegeberufe für Oberhausen**

Der jährlich erscheinende Oberhausener Mädchenmerker, der im Verbund mehrerer Gleichstellungsstellen erscheint und an alle Oberhausener Schülerinnen der 9. Klassen, 11. Klassen und 12. Klassen des Schuljahres 2012/2013 kostenlos verteilt wurde, hat in der aktuellen Auflage u. a. über Pflegeberufe informiert. Anknüpfend daran fand in einer Gesamtschule für die Mädchen durch die Gleichstellungsstelle eine angepasste Unterrichtsstunde zum Thema Übergang Schule / Beruf unter dem Titel „Leben will geplant sein! - Was kommt nach der Schule?“ und für die Jungen, begleitet durch Akteurinnen und Akteure des Aktionsplanes Pflege, eine Informationsstunde zu Pflegeberufen statt.

## 5. Beteiligungskultur

Bei allen Aktivitäten und Maßnahmen des Büros für Chancengleichheit werden so weit wie möglich externe Akteurinnen und Akteure anlass- und projektorientiert mit einbezogen, wie es exemplarisch in den Schaubildern „Kein Kind zurücklassen“ (Schaubild Seite 5) und „Ehrenamt“ (Schaubild Seite 9) dargestellt ist.
Die Verbesserung der Chancengleichheit in Oberhausen kann nur erfolgreich gelingen, wenn alle Potentiale und Ressourcen in der Stadtgesellschaft mit eingebunden werden. Dabei ist eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendige Voraussetzung.
Ab 2013 werden die Lenkungsgruppe Oberhausener Bündnis für Familie und die Lenkungsgruppe Integration/Migration zur „Lenkungsgruppe Chancengleichheit in Oberhausen“ zusammengelegt. Die Lenkungsgruppe tagt bedarfsorientiert (mindestens zweimal pro Jahr) unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters und sichert die Beteiligung externer Akteurinnen und Akteure zu Fragen von Chancengleichheit in Oberhausen auch strukturell mit ab.

## 6. Ausblick

Im Folgenden werden aktuelle Herausforderungen für die Stadt vorgestellt, die ein vernetztes und abgestimmtes Vorgehen aller Akteurinnen und Akteure erfordern und die das Büro für Chancengleichheit verantwortlich koordiniert.

## 6.1 Optimierung der Integrationsförderung durch Steuerung, Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit

- Durch Ratsbeschluss vom 22.10.2007 wurde das Kommunale Integrationskonzept Oberhausen (KIKO) verabschiedet. Das vorliegende Konzept soll in einem beteiligungsorientierten Prozess fortgeschrieben werden. Grundlage für die Fortschreibung des KIKO ist das bestehende Integrationskonzept. Ziel ist es, das bestehende Integrationskonzept zu einem handlungsleitenden Strategiekonzept auszubauen. Dabei soll das von der Arbeitsgruppe Chancengleichheit entwickelte Zielsystem genutzt werden.
- Die Umsetzung der bereits für einzelne Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe entwickelten „interkulturellen Standards“ soll intensiv begleitet werden. Darüber hinaus soll unter Einbindung der jeweils relevanten Akteure die Frage geklärt werden, ob die Initiierung und Begleitung entsprechender Prozesse auch außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich ist. Besonderes Augenmerk soll dabei auf den Bereich der Pflege/Altenhilfe sowie den Schulbereich gelegt werden.
- Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Vernetzung und Professionalisierung der Integrationsarbeit der Oberhausener Migrantenselbstorganisationen. Dafür wird eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit der Migrantenselbstorganisationen, z.B. durch die Etablierung eines Verbundes angestrebt. Zusätzlich soll ein Qualifizierungsprogramm zur Professionalisierung der Integrationsarbeit von Migrantenselbstorganisationen entwickelt und aufgelegt werden. Gefördert wird das Anliegen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Am 1. Dezember 2012 hat hierzu ein Auftaktworkshop stattgefunden, an dem 25 Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenselbstorganisationen aus Oberhausen teilnahmen. Eine ausführliche Berichterstattung zum Vorhaben gab es in der Sitzung des Integrationsrates am 19.12.2012 (Drucksache M/15/2512-01).
- Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bezieht sich auf das Handlungsfeld „Interkulturelles Personalmanagement“. Im Rahmen der Städtekooperation Integration.Interkommunal (http://www.integration-interkommunal.net) wird unter Einbeziehung der Personalbereiche aller Kooperationsstädte eine Workshopreihe mit der Zielsetzung organisiert, praxistaugliche Verfahren und Methoden zu entwickeln, die eine Überprüfung von interkultureller Kompetenz im Personalauswahlverfahren ermöglichen.

## 6.2 Umsetzung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen“ in Oberhausen

Im Rahmen von zwei Zielkonkretisierungsworkshops mit verwaltungsinternen und externen Partnerinnen und Partnern, die im Jahr 2012 stattgefunden haben und in der anschließenden weiteren Ausarbeitung in der Projektgruppe zum Modellvorhaben wurden für die Umsetzung in Oberhausen folgende Zielperspektiven vereinbart:

- Zwischen allen Kooperierenden gibt es ein abgestimmtes, einheitliches Präventionsverständnis.
- Für Familien gibt es bedarfsgerechte, aktuelle und leicht zugängliche Informationsangebote.
- Präventionsangebote werden zielgerichtet, passgenau und abgestimmt angeboten und sind in ihrem Ergebnis wirkungsvoll.
- Es gibt ein effektives und effizientes Netzwerkmanagement.

- Eltern werden als Erziehungspartner verstanden und beteiligt.
- Die Aufgaben von Mitarbeitenden sind klar definiert.
- Der Fachkräftemangel wird als Thema wahrgenommen und Konzepte zur Bekämpfung werden berücksichtigt.
- Das Übergangsmanagement ist verbessert.

In den nächsten drei Jahren geht es darum, diese Zielperspektiven zu bearbeiten. Dabei sollen möglichst viele Fachkräfte über die bestehenden Gremien und Arbeitskreise mit eingebunden werden.
Über den aktuellen Stand, Veranstaltungen und Workshops wird immer aktuell auf der Internetseite www.oberhausen.de/jedeskindistwertvoll informiert.

### 6.3 Kommunale Teilhabeplanung - Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Inklusionsplans

Mit Ratsbeschluss von Mai 2011 (Drucksache A15/1212-01) ist die Verwaltung aufgefordert in einem offenen Beteiligungsprozess einen kommunalen Inklusionsplan zu entwickeln, der alle Lebensbereiche umfasst.
Dabei sollen – so wie es auch die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht - insbesondere Menschen mit Behinderung von Anfang an beteiligt werden. Der Entwicklungsprozess ist langfristig angelegt und wird sich an den Planungen des Bundes und des Landes NRW orientieren.
Die verantwortliche Koordination innerhalb der Verwaltung für die kommunale Teilhabeplanung übernimmt das Büro für Chancengleichheit. Ein erster Sachstandsbericht zur Umsetzung des Ratsauftrags von Mai 2011 ist für das Frühjahr 2013 im Beirat für Menschen mit Behinderungen geplant.
In der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 06. September 2012 wurde die Konzeption zum Ablauf der kommunalen Teilhabeplanung durch das Büro für Chancengleichheit vorgestellt.
Im November 2013 wird ein Fachkongress zum Thema „Inklusion in Oberhausen“ in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Oberhausen, die in 2013 ihr 50-jähriges Jubiläum feiert, geplant und organisiert. Dabei sollen u.a. die unterschiedlichen Handlungsfelder eines kommunalen Teilhabeplanes in Arbeitsgruppen diskutiert werden.

### 6.4 Berichterstattung

Das Büro für Chancengleichheit plant ab 2014 regelmäßig ein „Diskussions- und Impulspapier zur Chancengleichheit in Oberhausen“ in die politischen Gremien einzubringen, das sich inhaltlich und konzeptionell mit unterschiedlichen Fragestellungen und Herausforderungen zur Chancengleichheit in Oberhausen auseinandersetzen soll.
Eine weitergehende Berichterstattung soll anlass- und projektbezogen erfolgen. Unberührt bleibt dabei die Berichterstattung der Gleichstellungsbeauftragten.